

Impressum: Jahresbericht 2023. Herausgeber: Förderverein BastA!,  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail:  
sekretariat@basta-bs.ch,  
PC 40-31244-5, Website: [www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch), erscheint 1x jährlich, für alle  
Mitglieder gratis. Redaktion: Barbara Feuz, Brigitta Gerber, Franziska Stier,  
James McGhee, Mike Gosteli, Nicola Goepfert, Oliver Bolliger, Sibel Arslan,  
Sina Deiss, Tonja Zürcher | Druck: Phönix Basel

# Inhaltsverzeichnis

1. ABSTIMMUNGEN .....	3
2. PARLAMENTE .....	5
2.1 Grosser Rat.....	5
2.2 Nationalrat.....	11
Hart erkämpfte Wiederwahl des Nationalratssitzes.....	11
Strafrahmenharmonisierung - Revision des Sexualstrafrechtes .....	11
Verbesserung der Situation von nicht-binären Personen .....	11
Zahlreiche Reformen dank der Grünen Fraktion .....	11
2.3 Bürgerversammlung .....	12
Einbürgerungskommission .....	14
2.4 Einwohnerrat Riehen 2023 .....	14
3. BEWEGUNGEN.....	16
Dreirosen bleibt / Rheintunnel NEIN .....	16
Klimagerechtigkeit Basel 2030 .....	17
Internationales .....	17
Türkei/Kurdistan.....	17
Iran.....	18
Israel & Palästina.....	18
Grundrechte .....	19
4. BASTA!-INTERN .....	19
Mitgliederentwicklung .....	19
Finanzen .....	19
Arbeitsgruppen / Zusammenhänge .....	20
Europäische Grüne .....	21
AG Migration .....	22
AG Umverteilung .....	22
Redaktionsgruppe Bulletin.....	22

Liebe Leser\*in,  
Liebes Mitglied,

wir freuen uns, dir den Jahresbericht 2023 vorlegen zu können. Darin findest du die wichtigsten politischen Kampagnen, die wir mit deiner Hilfe im vergangenen Jahr umsetzen konnten.

## 1. Abstimmungen

Das Berichtsjahr hat einige für BastA! wichtige Abstimmungen beinhaltet, in denen wir uns aktiv mit eigenen Abstimmungskampagnen oder in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen beteiligt haben.

### 12. März Kantonal

Steuer-Referendum (Steuersenkungen für Topverdienende und Vermögende).

Parole: Nein	Ja: 84.39 % Nein: 15.61 %
--------------	------------------------------

Gegen das kantonale Steuersenkungspaket hatte BastA! gemeinsam mit der JUSO, GRÜNEN BS und jgb erfolgreich das Referendum ergriffen. Mit Steuersenkungspaket werden unter anderem, die Vermögens- und Einkommenssteuer von Reichen gesenkt. Damit torpediert diese Vorlage in Teilen die vor dem Stimmvolk gewonnene Topverdienersteuer der JUSO.

Am 12. März 2023 nahm die Stimmbevölkerung das Steuersenkpaket mit deutlicher Mehrheit an. Leider konnten wir mit der gemeinsamen Kampagne von JUSO, GRÜNEN BS, PdAS Basel, vpod region basel, Unia Aargau Nordwestschweiz, Syna und jgb nicht überzeugen. Dieser Entscheidung ist in Zeiten von einer massiven Teuerung verständlich. Wir werden uns als BastA! dafür engagieren, dass die Steuersenkungen zu keinen Kürzungen im Service Public oder bei Sozialleistungen führen wird.

## 18. Juni (eidgenössisch)

<b>Umsetzung OECD-Steuern</b> Parole: Nein	Ja: 81.32% Nein: 18.68%
<b>Klimaschutzgesetz</b> Parole: Ja	Ja: 73.29% Nein: 26.71%
<b>Covid-19-Gesetz</b> Parole: Ja	Ja: 72.04% Nein: 27.96%

## 26. November Kantonal

<b>Gute-Luft-Initiative für ein gesundes Stadtklima</b> Parole: Ja	Ja: 43.12% Nein: 56.88%
<b>Zukunfts-Initiative für eine zukunftsfähige Mobilität</b> Parole: Ja	Ja: 40.35% Nein: 59.65%

Die Stadtklima-Initiativen wollten konkrete Ziele für mehr Platz für Bäume und klimafreundliche Mobilität in Basel-Stadt in der Verfassung verankert. Die Doppel-Initiativen setzten damit einerseits auf Klimaschutz beim Verkehr und andererseits auf eine Anpassung der Stadt auf die zunehmenden Hitzesommer. Sie sind im Herbst 2023 ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung gekommen. Die GIp hat sich in der Behandlung im Grossen Rat auf die Seite der rechten und bürgerlichen Parteien geschlagen und einen Gegenvorschlag verhindert, der über die Fortsetzung des Status Quo gegangen wäre. Dass es anders geht, zeigt zum Beispiel das Genfer Kantonsparlament, das

im gleichen Zeitraum einen Gegenvorschlag beschloss, der 80% der Forderungen der Initiative umsetzt, und damit den Rückzug der Stadtklima-Initiative ermöglichte.

Wir setzten deshalb alles auf die Annahme der Initiativen und waren auch lange hoffnungsvoll. Der erneut heisse und trockene Sommer hat die Bedeutung von schattenspendenden Bäumen und erholsamen Grünflächen deutlich gemacht. 2023 war global das heisseste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Für die Umsetzung der im November 2022 beschlossenen Klimagerechtigkeit bis 2037 braucht es eine grundlegende Veränderung im Verkehrsbereich, der in Basel-Stadt für ein Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist. Unglaublich viele Menschen haben sich deshalb für die Stadtklima-Initiativen eingesetzt, Fahnen und Velodreiecke aufgehängt, Guezli in Baumform gebacken und verteilt, Flyer und Post-it unter die Leute gebracht und viele Gespräche geführt.

Den Gegner\*innen ist es jedoch gelungen, Angst vor einer angeblich starken Zunahme von Baustellen zu schüren, dabei wären die Initiativen mit der Nutzung von Synergien bei ohne anstehenden Baustelle umsetzbar gewesen. Zudem versprach Regierungsrätin Esther Keller, dass auch bei einer Ablehnung der Initiativen in Zukunft mehr für die Begrünung der Stadt gemacht würde. Zwar ist davon – abgesehen von Pflanzentöpfen auf der Dreirosenbrücke – wenig zu sehen, es hat aber trotzdem funktioniert. Die beide Initiativen wurden abgelehnt. Das ist frustrierend, hält uns aber nicht davon ab, weiterhin für eine Stadt zu kämpfen, die für die Menschen da ist und nicht für die Autos – sei es in den Bewegungen mit der Unterstützung von begrün-ten und autobefreiten Superblocks, im Grossen Rat oder bei weiteren Initiativen wie der bereits eingereichten Initiative für sichere Velorouten.

## **2. Parlamente**

### **2.1 Grosser Rat**

Da Beatrice Messerli Ende 2022 aus dem Parlament zurückgetreten ist, war die BastA! im dritten Amtsjahr der Legislatur 2021-2024 nur noch mit 5 Personen im Grossen Rat und in den verschiedenen Kommissionen

vertreten. Fina Girard vom jgb rückte für Beatrice nach und das Fraktionspräsidium wechselte wie üblich in der Hälfte zu den Grünen.

An der Zusammensetzung der Fraktion für die zweite Hälfte der Legislatur (2023/2024) wird sich kaum noch was ändern. Folgende Grossräte und Grossrätinnen vertreten BastA! im Grossen Rat:

- Patrizia Bernasconi: Finanzkommission
- Heidi Mück: Bildungs- und Kulturkommission / Wirtschafts- und Abgabekommission
- Tonja Zürcher: Bau- und Raumplanungskommission / Petitionskommission
- Oliver Bolliger: Gesundheits- und Sozialkommission (Präsidium)
- Nicola Goepfert: Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Bei einer Vielzahl an Geschäften, Ratschläge und Abstimmungen versuchen wir als BastA! im Rahmen des Grün-Alternativen Bündnis (GAB) uns massgeblich in die Debatten mit einer klaren linken und radikal menschlichen Position einzubringen.

Das dritte Amtsjahr war namentlich von folgenden politischen Debatten geprägt, welche alle erst nach der Sommerpause im Grossen Rat beraten wurden.

Im letzten Monat des Amtsjahres (Januar 2024) wurde das Gleichstellungsgesetz abschliessend beraten. Dieses Gesetz wurde über ein halbes Jahr in der zuständigen Kommission (JSSK) vorberaten und das mediale Interesse war entsprechend hoch. Die Schlussberatung im Grossen Rat dauerte einen ganzen Tag, es wurde versucht, mit diversen Anträgen von rechtskonservativer Seite den in der Kommission erarbeitete Kompromiss wieder aufzuweichen. Schlussendlich hat sich aber die von der JSSK erarbeitete Variante durchgesetzt und das angedrohte Referendum wurde nicht ergriffen.

Ebenfalls im Januar haben die Vertreter\*innen der BastA! als einzige Parlamentarier\*innen ein klares und kritisches Votum gegen die Aufstockung der Innovationsförderung des Kantons Basel-Stadt um weitere 42 Millionen Franken gehalten und den Zwang zum stetigen Wirtschaftswachstum und der Konkurrenzierung der Standorte auch bei ökologischer technischer

Optimierungen in Frage gestellt. Als Einzige haben wir uns der Stimme enthalten.

Im Oktober trieb die SVP das Parlament vor sich her, weil sie den menschenverachtenden Überfall der faschistischen Hamas gegenüber der israelischen Zivilbevölkerung, für ihre politischen Ziele ausnutzte und eine Resolution durch den Grossen Rat brachte, ohne das drohende Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung aufgrund des Angriffs der israelischen Regierung zu benennen. Mit einer mündlichen Erklärung im Parlament und einer schriftlich ausdifferenzierter Positionierung im Nachgang, haben wir versucht, dieser eingeschränkten Resolution entgegen zu wirken.

Der Spätsommer war geprägt von diversen sicherheitspolitischen Vorstössen zur Lage im Kleinbasel rund um die Auswirkungen der Gewalt, des Drogenhandels und des Drogenkonsums von unterschiedlichen Parteien. Wir haben uns klar gegen die populistischen Vorstössen von rechts zur Wehr gesetzt und im Herbst eigene Vorstösse, welche eher unterstützende Massnahmen zum Ziel haben, eingereicht

Wie in den zwei Jahren zuvor haben wir BastA!-Grossrät\*innen wiederholt mit Vorstössen versucht, eine linke Perspektive zur Realpolitik ins Parlament hineinzutragen und waren damit durchaus erfolgreich. Hier ein paar Beispiele:

Die temporäre Erhöhung des Vermögensfreibetrags bei der Sozialhilfe konnte mit einem erneuten Anzug von Oliver nun definitiv verstetigt werden und somit einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention leisten. Neu muss vor dem Gang zur Sozialhilfe nicht alles Erspartes aufgebraucht werden müssen. Die Motion von Oliver zur Senkung des Verzugszinses hatte leider beim zweiten Mal keine Chance mehr und wurde in einen Anzug abgeschwächt.

Ebenfalls haben Heidi und Oliver je zwei Anzüge durch das Parlament gebracht, welche die schadensmindernden und präventiven Massnahmen im Suchtbereich stärken und damit die sicherheitspolitischen Vorstössen sinnvoll flankierten.

Auf Reaktion der herrschenden Medikamentenknappheit der letzten beiden Winter hat Oliver mit Unterstützung der Mitglieder der Gesundheits- und

Sozialkommission aus allen Fraktionen einen entsprechenden Anzug überweisen können.

Ebenfalls erfolgreich wurde der Anzug von Nicola zur Aussetzung der Rückführungen nach Kroatien überwiesen.

Leider ist die Motion von Tonja gegen die Preiserhöhungen beim öffentlichen Verkehr (TNW) beim zweiten Mal nicht mehr durchgekommen.

Zudem haben wir mit 17 Interpellationen zu verschiedenen Themen vom Regierungsrat Antworten eingefordert, weil wir mit dem Vorgehen der Regierung und dem staatlichen Handeln nicht einverstanden waren – die Antworten haben uns meistens nicht wirklich zufrieden gestellt.

Um eine radikale linke Sicht in den realpolitischen Alltag einzubringen und diese auch zu äussern, braucht es zwingend die Parlamentarier\*innen der BastA! und gleichzeitig schaffen wir es immer wieder, Vorstösse mit Unterstützung anderer Grossrät\*innen erfolgreich einzureichen.

*Oliver Bolliger, Grossrat*

## **Übersicht politische Vorstösse von BastA! im 2023**

### Motionen / Budgetpostulate

- Budgetpostulat Oliver Bolliger zur finanziellen Unterstützung von Quartierjobs im Jahr 2024 wurde am 17.1.24 zur Berichterstattung überwiesen
- Vorgezogenes Budgetpostulat 2024 Heidi Mück für die offene Kinder- und Jugendarbeit wurde Ende Jahr vom Regierungsrat erfüllt und somit ins Budget aufgenommen
- Motion Tonja Zürcher betreffend keine Preiserhöhungen beim TNW wurde im Herbst leider im zweiten Anlauf nicht mehr überwiesen und somit erledigt



## Anzüge

- Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer (SP) betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit wurde Ende Jahr deutlich überwiesen
- Anzug Heidi Mück betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum DIBS wurde Ende Jahr überwiesen
- Anzug Oliver Bolliger betreffend einen tieferen Verzugszins bei Steuer-Ratenzahlungen wurde Ende Jahr überwiesen aber leider abgeschwächt und von der Motion umgewandelt
- Anzug Oliver Bolliger betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention wurde im Herbst überwiesen und vom Regierungsrat per 2024 definitiv umgesetzt
- Anzug Oliver Bolliger betreffend eine zukünftige Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region vor den Sommerferien überwiesen
- Anzug Nicola Goepfert betreffend Aussetzung von Rückführungen nach Kroatien wurde im Juni überwiesen
- Anzug Heidi Mück betreffend Regelung für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät\*innen und weitere Amtsträger\*innen wurde im Frühjahr beim zweiten Mal überwiesen jedoch von Motion umgewandelt

## Interpellationen

- Nr. 4 Heidi Mück betreffend Provisorium für die Primarschule Kleinhüningen auf dem ExEsso-Areal an der Uferstrasse
- Nr. 16 Tonja Zürcher betreffend die Unterstützung der Forderungen nach einer klimagerechten Schweizerischen Nationalbank (SNB)
- Nr. 21 Oliver Bolliger betreffend ist die gemeinsame Gesundheitsregion ein Papiertiger?
- Nr. 27 Tonja Zürcher betreffend Missachtung der Grundrechte durch den Polizeieinsatz gegen die feministische 8. März-Demonstration

- Nr. 29 Nicola Goepfert betreffend den Bauvorhaben eines Flüssig-gasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerk des Gasverbundes Mittelland
- Nr. 54 Tonja Zürcher betreffend Rosental Mitte: Wer bezahlt die Kosten für die Altlastsanierungen?
- Nr. 56 Oliver Bolliger betreffend einer Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Überführung der Sandoz in eine gemeinnützige Trägerschaft
- Nr. 66 Oliver Bolliger betreffend ist die Machtdemonstration der Polizei an der diesjährigen 1. Mai – Kundgebung der neue Masstab?
- Nr. 70 Tonja Zürcher betreffend Desinformation durch Regierungsrätin Stephanie Eymann und Polizeisprecher im Zusammenhang mit dem 1. Mai 2023
- Nr. 81 Tonja Zürcher betreffend feministischer Streik und Frauenstreik
- Nr. 84 Heidi Mück betreffend Provisorium für die Primarschule Kleinhüningen auf dem Ackermätteli
- Nr. 85 Nicola Goepfert betreffend keine neue Gasinfrastruktur in der Langen Erle
- Nr. 87 Oliver Bolliger betreffend Massnahmen der Sozialhilfe aufgrund der Erhöhung des Referenzzinssatzes
- Nr. 88 Patrizia Bernasconi betreffend IBS und Referenzzinssatz
- Nr. 91 Oliver Bolliger betreffend Förderung der Betreuung im Alter im Kanton Basel-Stadt
- Nr. 142 Nicola Goepfert betreffend erneute Grundrechtseinschränkung durch Repression und polizeiliche Eskalation
- Nr. 154 Oliver Bolliger betreffend möglicher Verschiebung der OECD-Mindeststeuer und deren Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt

### Schriftliche Anfragen

- Oliver Bolliger betreffend Umgang der Sozialhilfe Basel-Stadt mit den Mietzins-Grenzwerten
- Heidi Mück betreffend Pick-e-Bike in Kleinhüningen / Klybeck
- Nicola Goepfert betreffend Härtefallbewilligungen für Sans-Papiers

- Nicola Goepfert betreffend problematisches Zusatzabkommen V des Regierungsrates mit dem Bürger-Rat und der CMS bezüglich der CMS-Fördermittel-Verteilung und –Verwendung

## **2.2 Nationalrat**

### **Hart erkämpfte Wiederwahl des Nationalratssitzes**

Die Vorzeichen der Nationalratswahlen 23 waren im Kanton und damit auch für das Bündnis ungünstig. Von den bisherigen 5 Sitzen wurde aus demographischen Gründen einer dem Kanton Zürich zugesprochen. 3 Sitze für links-grün zu verteidigen, war eine schwer lösbare Aufgabe. Aber auch unseren Sitz im links-grünen Lager zu erhalten, war eine grosse Herausforderung. Aber wir haben es geschafft! Ein gutes Auftreten, ein intensiver und einfallreicher Wahlkampf sicherten uns die Wiederwahl. Die Wahlverluste waren für uns minim und fielen bei der Listenverbindungspartnerin SP leider stärker aus, so dass wir nicht unsere drei Sitze im linken Lager behalten konnten.

### **Strafrahmenharmonisierung - Revision des Sexualstrafrechtes**

Die Revision des Sexualstrafrechtes hat wichtige Verbesserungen gebracht. Etwa, dass bei den Vergewaltigungstatbeständen keine Nötigung mehr vorliegen muss. Eine weitere Verbesserung liegt darin, dass nicht nur Frauen, sondern auch Männer, non-binäre Menschen oder Transmenschen eingeschlossen sind. Wichtig war die Debatte über eine Zustimmungslösung. Die Grünen wollten eine Zustimmungslösung, so dass Sex auf Konsens beruhen soll. Leider liess sich der Ständerat nicht zu einem «Nur Ja heisst JA» bewegen. Es sei schwierig, Beweise vorzulegen. Immerhin hat der Ständerat dem Einbezug des Freezings (Schockzustand) als Tatbestand zugestimmt.

### **Verbesserung der Situation von nicht-binären Personen**

Der Bundesrat wird auf einen Vorstoss von mir, unterstützt vom Parlament, untersuchen, ob die Situation von nicht-binären Personen verbessert werden kann, ohne das binäre Modell (weibliches und männliches Geschlecht) rechtlich in Frage zu stellen.

### **Zahlreiche Reformen dank der Grünen Fraktion**

Der Ersatz von Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren wird zwingend. Mutterschaft und Parlamentsarbeit werden besser vereinbar. Der Bundesrat

sucht allfällige Löcher bei Sanktionen zu Rohstoffen und der Nationalrat will ein eigenes Gesetz zum Rohstoffhandel. Die Kantone werden zu höheren Prämienverbilligungen verpflichtet. Eine Halbierung der Treibhausgasemissionen muss bis 2030 erreicht werden. Und schliesslich konnten wir das Abschwächen der Kriterien zur Bewilligung von Kriegsmaterialgeschäften vorerst verhindern.

*Sibel Arslan, Nationalätin*

### **2.3 Bürgergemeinderat**

Das Wahljahr 2023 war für BastA! im Bürgergemeinderat ein sehr erfolgreiches Jahr. Wir konnten einen Sitz vorwärts machen. Das hat uns unglaublich gefreut. Gewählt wurden: Nicola Goepfert, Brigitta Gerber und Heidi Mück. Wir danken allen, die am 18. Juni die Liste 27 (!) gewählt haben. BastA! ist und bleibt eine wichtige linke Stimme im verstaubten Bürgergemeinderat. Und evtl. hat ja auch eine erste Korrektur der Wahlpraxis etwas mitgeholfen! Es konnte von uns erfolgreich verhindert werden, dass auf den Wahllisten des Bürgergemeinderates (Legislative), weiterhin amtierenden Mitglieder der Exekutive (Bürgerrat/Regierung) als «bisherige» für die Legislative (Bürgergemeinderat/Parlament) kandidierten – was bekannterweise Zusatzstimmen generiert.

Die Fraktion Grüne/BastA! im Bürgergemeinderat hat dann mit knapp 20% (fast jeder 5 Stimme!) und zwei Sitz-Gewinnen im September auch - im Sinne der Konkordanz - eine kompetente Kandidatin für den Bürgerrat nominiert. Leider ein Wermutstropfen! Die sehr knappe bürgerliche Mehrheit im Bürgergemeinderat hat diesen Wählerwillen einmal mehr verhindert und von den 7 Sitzen, nur 2 an links, nämlich die SP vergeben.

Damit stehen aktuell zwei Vorstösse zu Transparenz in den Gremien im Vordergrund:

Erstens die Transparenz bei Kommissionen von Stiftungen. Da der Bürgergemeinderat nicht nur ihre Exekutivel, die Bürgerräte ohne Berücksichtigung der Fraktion Grüne/Basta wählt, sondern auch diverse Kommissionsmitglieder in Stiftungen sowie der CMS-Kommission, stellt sich für BastA! die Frage, wie die Fraktion eigentlich gemäss Verfassung, ihrem

Auftrag nachkommen soll. Interessanterweise gilt ein Kommissionsschlüssel für die internen drei Aufsichtskommissionen, nicht jedoch für gewissen finanzstarke Stiftungen und die CMS-Kommission.

Hier scheint jedoch sowieso einiges im Argen zu liegen, weshalb wir im Frühsommer 2023 wichtige Fragen zu **Good Governance bei der CMS** stellten, sowie eine Fach-Analyse der Aufsichtsgremien forderten. Mit einem «Auftrag» haben *vier Bürgergemeinderatsmitglieder von FDP, BastA!, SP und EVP(!)* gefordert, endlich die Stiftungsaufsicht der Bürgergemeinde über die CMS zu entflechten und an die Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) zu übertragen. Obwohl Stichentscheid der Mitte-Präsidentin einen direkten Auftrag verhindert hat, verspricht der zuständige Bürgerrat im Herbst eine externe Analyse in Auftrag zu geben. Da jedoch vorerst nichts passiert, fordert eine schriftliche Nachfrage von Brigitta Gerber erneut die Umsetzung. Und diese ist tatsächlich erfolgreich! Die Auftragsstudie von CEPS der Uni Basel, die nun Anfang Jahr erschienen ist, zeigt dann auch klar auf, dass grosse Transparenz-Defizite in der heutigen Aufsichts-Struktur zu finden sind und diese unbedingt überarbeitet werden müssen. Wir sind gespannt und bleiben sicherlich dran!

BastA! nimmt mit der neuen Legislaturperiode auch den Einbürgerungsprozess ins Visier. Wer nicht Basler Bürger\*in ist, hat keine Chance auf Gemeindeebene mitzuentcheiden, doch nur rund 44.000 Personen sind in Basel stimm- und wahlberechtigt. Wir meinen deshalb dezidiert: «Es ist Zeit auch den Schweizer\*innen das Basler Bürgerrecht endlich **unentgeltlich und proaktiv** anzubieten.» So erklärt bspw. unser Co-Präsident Nicola Goepfert: «Wenn nur ein Bruchteil der hier lebenden Menschen wahl- und stimmberechtigt ist, fehlt dem gewählten Gremium die Legitimation.» Auch hier ist das letzte Wort noch nicht gefallen.

Selbstverständlich bearbeiten wir auch die Themen soziale Gerechtigkeit und die Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen. Bisherige Nachfragen zeigen, dass die angedachten Massnahmen in den entscheidenden Bereichen etwas bescheiden ausfielen – eher Greenwashing als CO2 Reduktion.

*Brigitta Gerber, Bürgergemeinderätin*

## **Einbürgerungskommission**

Seit September 2023 vertritt Barbara Feuz BastA! in der Einbürgerungskommission von Basel-Stadt. Die Arbeit in der Kommission ist anstrengend und lässt einen zweifeln an der Zugänglichkeit zum Schweizerpass für Menschen ohne akademische Ausbildung oder dickem Portemonnaie.

Hast du gewusst, wann die erste Mittlere Rheinbrücke über den Rhein gebaut wurde? Wann war das Erdbeben in Basel? Wann wurde der Kanton Basel-Stadt in die Eidgenossenschaft aufgenommen? Welches ist der höchste Berg in der Schweiz? Mit der Beantwortung dieser Fragen und anderer Fragen zeigen die einbürgerungswilligen Menschen ihr Wissen über den Bund, Kanton und Basel-Stadt.

Ein grosser Teil der Menschen, welche sich einbürgern lassen, sind sehr gut gebildet und gutverdienend. Die Befragungen dauern in der Regel eine ¼ Stunde, eine sehr kurze Zeit, bedenken wir, dass die Zukunft einer ganzen Familie davon abhängen kann. Kinder ab der ersten Primarklasse werden mit den Eltern befragt. Jugendliche ab 12 Jahren treten allein vor die Kommission.

Die Kosten für eine Einbürgerung belaufen sich, je nach Aufwand zwischen 1500.—2000.- Franken. Sehr viel Geld! Der Vorstoss von BastA!, die Einbürgerungen kostenlos zu gestalten, wurde von bürgerlicher Seite abgeschmettert.

*Barbara Feuz, Mitglied Einbürgerungskommission*

## **2.4 Einwohnerrat Riehen 2023**

Nach vier Jahren Projektarbeit dominierte die Finalisierung der Gemeindereform das Politjahr 2023 in Riehen: die Verwaltung erhielt eine neue Struktur, die Schwerpunkte der einwohnerrätlichen Sachkommissionen verschoben sich, diverse Verordnungen wurden aktualisiert und der Rechnungslegungsstandard (neu: HRM2) wurde den landesüblichen Gepflogenheiten angepasst. Im Dezember konnte schliesslich der erste Aufgaben- und Finanzplan verabschiedet werden. Die Mitwirkung war ziemlich trockene Kost. Etwas Würze gab der Reform

lediglich die ziemlich unappetitliche Abkürzung des «neuen Steuerungsmodells Riehen»: NSR. (Die Gedanken sind frei ...)

Bei den üblichen Riehener Dauerthemen (Stettenfeld, Doppelspurausbau der S6) ging es kaum vorwärts. Anders als beim Investitionsstau im schulischen Bereich: Für die Gesamtanierung des Schulhauses Wasserstelzen bewilligte der Einwohnerrat im Mai einen Kredit in der Höhe von 33 Millionen Franken. Dabei waren drei Kommissionen (= mehr als die Hälfte aller Einwohnerrät\*innen) in das Geschäft involviert – ein ziemlicher Blödsinn!

Im Juni debattierte der Einwohnerrat über die Maienbühl-Initiative («Sauberes Quellwasser für das grosse grüne Dorf»), bei der Mike Gosteli sich als Co-Präsident engagierte. Der Gemeinderat lehnte das Initiativbegehren ab und beantragte Nichteintreten. Der Einwohnerrat folgte ihm und beschloss mit 18 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen, die unformulierte Initiative den Stimmberechtigten mit Empfehlung auf Ablehnung vorzulegen. Einmal mehr scheiterten wir mit einem unserer Kernanliegen an einem Zufallsmehr.

Pikant wurde es in der Septembersitzung, als der Gemeinderat den Anzug Paul Spring und Konsorten betreffend öffentliche Toiletten im Niederholzquartier beantwortete: Der Bevölkerung würden auch Toiletten-Anlagen bei Schulanlagen zur Verfügung stehen. *Affaire à suivre.*

Zum Schluss ist noch die kommunale Abstimmung zum Hochwasserschutz vom 26. November zu erwähnen (gegen den Beschluss des Einwohnerrates vom Februar 2023 hatte die SVP das Referendum ergriffen). Der Riehener Souverän stimmte den Hochwasserschutzwällen (bis zu 6 Metern Höhe) mit 54% Ja-Stimmen zu.

*Mike Gosteli, BastA! Einwohnerrat Riehen*

### 3. Bewegungen

#### **Dreirosen bleibt / Rheintunnel NEIN**

Im Frühling 2023 haben wir aus der Gruppe Dreirosen bleibt, die BastA! ein Jahr zuvor initiiert hat und die rasch über die Parteigrenzen hinaus gewachsen ist, den Verein «Dreirosen bleibt / Rheintunnel Nein» gegründet. Wir waren zusammen mit anderen Gruppen bei den Infoveranstaltungen von Kanton und Bundesamt für Strassen (Astra) mit Transparenten und Flyern präsent und haben auf die katastrophalen Folgen des Autobahnbaus auf die betroffenen Quartiere im unteren Kleinbasel und in Birsfelden aufmerksam gemacht. Wir haben Unterschriften für die Petition gegen den Rheintunnel und für das schweizweite Referendum gegen den geplanten Autobahnausbau gesammelt. Wir waren in den Quartieren unterwegs, haben mit vielen Menschen gesprochen und am verschiedenen Quartierflohmis T-Shirts bedruckt.

Im Herbst haben wir zusammen mit dem VCS Einsprachen gegen die Rheintunnel organisiert. Über 200 Menschen haben eine Einsprache gemacht und wehren sich damit gegen die Zerstörung der Dreirosenmatte, den klimaschädlichen Autobahnausbau und die 10 Jahre dauernde Monsterbaustelle, die mit dem Baustellenverkehr und den Lärm- und Staubemissionen für die Quartierbevölkerung und für die umliegenden Schulen eine riesige Belastung wäre.

Seit dem erfolgreichen Abschluss der Unterschriftensammlung für das Referendum sind wir nun zusammen mit der Allianz «Nein zum Rheintunnel», Verbänden, Vereinen und ausserparlamentarischen Gruppen daran, eine breit aufgestellte und schlagkräftige Kampagne gegen den Rheintunnel und für den Erhalt der Dreirosenanlage zu organisieren.

Im Fokus steht dabei die schweizweite Abstimmung über den Autobahnausbau, der auch den Rheintunnel beinhaltet. Es geht aber auch darüber hinaus. Denn selbst wenn es uns bei Abstimmung im Herbst noch nicht gelingt, den Rheintunnel zu stoppen, geht der Widerstand weiter. Die Bieler\*innen haben beim Westast gezeigt, wie ein hartnäckiger und kreativer Widerstand einen Autobahnausbau stoppen kann.



## **Klimagerechtigkeit Basel 2030**

Viele Mitglieder von BastA! engagieren sich bei der Basel2030-Bewegung für Klimagerechtigkeit. Nach der erfolgreichen Annahme des Gegenvorschlags und der Verankerung von Netto-Null und der Klimagerechtigkeit in der Basler Verfassung Ende 2022, standen 2023 der Einsatz für eine rasche und wirksame Umsetzung sowie das Engagement für Superblocks, die Stadtklima-Initiativen und gegen den Rheintunnel im Vordergrund. Wir haben eine ausführliche Massnahmenliste für die Bereiche, Gebäude, Bauen, Energie, Industrie und Verkehr erarbeitet und der Regierung übergeben. Aktuell sind wir daran, eine ergänzende Massnahmenliste für die Bereiche Konsum, Finanzen und Flugverkehr zu erstellen. Damit wollen wir Druck auf die Regierung machen, wirksame Massnahmen zu beschliessen, die auch tatsächlich zu Netto-Null 2037, der Einhaltung der 1.5°C Grad-Grenze und einer gerechten Umsetzung führen. Die vom Regierungsrat verabschiedete Strategie erfüllt diese Ziele leider nicht. Die Annahme des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative ist daher nicht das Ende der Klimagerechtigkeitsbewegung, sondern erst der Anfang.

2024 starten die ersten Superblocks (oder eher Superblöckli) im St. Johann und im Matthäus in die Pilotphase. Der ebenfalls vorgesehene Superblock im Wettstein wurde von der Regierung fallen gelassen. Superblocks sind Gebiete von mehreren Quartierstrassen, in dem das Auto den Menschen zu Fuss Platz macht. Die freigewordenen Flächen werden als Begegnungsorte, Spielplätze und genutzt. Wir werden uns in der Basel2030-Bewegung für eine partizipative und lustvolle Umsetzung der Superblock-Tests und die Erweiterung der Idee auf weitere Quartiere einsetzen.

*Tonja Zürcher*

## **Internationales**

### **Türkei/Kurdistan**

Das Erdbeben im Februar 2023 erschütterte den Osten der Türkei und Syriens. Millionen Menschen verloren ihr Leben, ihre Angehörigen und ihr Zuhause. Wir beteiligten uns an Soforthilfe, unterstützen den kurdischen roten Halbmond sowie den neu gegründeten Verein Solidaritätsaktion.

Am 14. Mai fanden unter den Bedingungen des Ausnahmezustands Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Aufgrund eines Verbotsverfahrens gegen die HDP sind zahlreiche Abgeordnete und Aktivist\*innen einem drohenden Politikverbot ausgesetzt. Die HDP entschied sich daher zur Wahl der Yesil Sol Parti aufzurufen. Auf Einladung reiste eine Delegation nach Van, um den Verlauf der Wahlen zu beobachten und erstellte einen ausführlichen Bericht.

Am 15. Oktober nahmen wir ausserdem am Kongress der Yesil Sol Parti teil. Die Partei benannte sich an diesem Kongress in HEDEP um. Aufgrund strategischer Überlegungen und der schwierigen, repressiven Situation in der Türkei heisst unsere Schwesterpartei aktuell DEM Parti.

Darüber hinaus beteiligten wir uns an einigen lokalen Aktionen und Demonstration mit Türkei und Kurdistan-Bezug, wie einer Kampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans und den Protest der Samstagsmenschen, die am 7. Oktober seit 967 Wochen protestieren und nach ihren vermissten Angehörigen fragen.

## **Iran**

Am 21. September 2022 wurde die Kurdin Jina Mahsa Amini von der iranischen Sittenpolizei ermordet. Ihr Tod löste eine feministische Revolution aus. Unter dem Slogan „Jin Jiyan Azadi“ und „Zen Zendegi Azadi“ (Frauen Leben Freiheit) kämpfen Menschen im Iran gegen die Sittenpolizei und das autoritäre Mullah-Regime. Die Auseinandersetzungen und Hinrichtungen halten nach wie vor an. Daher beteiligten wir uns auch an der Demonstration am 16. September 2023 in Basel.

## **Israel & Palästina**

Der Angriff der Hamas und des islamischen Djihads am 7. Oktober auf israelische Zivilist\*innen war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und bildete eine Zäsur in diesem jahrzehntelangen Konflikt. Und auch die Situation der Palästinenser\*innen hat einen nie gekannten Grad an Ausweglosigkeit erreicht. Die Eskalation der Gewalt beschleunigt die gegenseitige Entmenschlichung, die auch vor Europa nicht Halt macht. Krieg wurde einmal mehr zum Ersatz für Politik. Zusammen mit einem Friedensbündnis um die GsoA und der Jewish Voice for Peace organisierten wir in Basel eine Mahnwache und beteiligten uns an Friedensdemonstrationen und der Forderung nach Waffenstillstand, sowie

der Freilassung der Geiseln. Während dieser Bericht entsteht, hat sich die Situation weiter verschärft. Die Kriegsoffensive der israelischen Armee hat die palästinensische Bevölkerung im Süden zusammen gedrängt. Hilfslieferungen kommen nicht mehr an. Es fehlt an Trinkwasser, Nahrung und Medikamenten. Zahlungen des Westens an das Palästinenserhilfswerk UNRWA sollen eingefroren werden. Damit fehlt mehr als zwei Millionen Palästinenser\*innen im Gazastreifen die Lebensgrundlage.

## **Grundrechte**

In diesem Jahr wurde das Thema der Versammlungsfreiheit und Grundrechte erneut sehr zentral. In den vergangenen Jahren konzentrierte sich polizeiliche Repression vor allem auf die feministische Bewegung am 8. März und am 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. In diesem Jahr traf es auch die Gewerkschaftsbewegung, die am 1. Mai daran gehindert wurde, ihre Demonstration durchzuführen, indem ein Teil der Demo-Spitze gekesselt wurde. Daraufhin gab es überparteiliche Zusammenarbeit mit SP und Grüne Basel-Stadt. Auch auf gewerkschaftlicher Ebene wurden Treffen und anwaltliche Unterstützung organisiert. In mehreren Vorstössen stellten wir – mit Rückenwind des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Amnesty International klar, dass die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ein Garant für eine lebendige Demokratie ist und die Basler Polizeipraxis durch nichts zu rechtfertigen ist.

*Franziska Stier, Parteisekretärin*

## **4. BastA!-intern**

### **Mitgliederentwicklung**

In diesem Jahr durften wir 21 Neumitglieder begrüßen. Das ist deutlich mehr als im Jahr zuvor (6). Dem gegenüber stehen etwa 10 Austritte.

### **Finanzen**

Das Jahr 2023 zeigt, wie wichtig uns als Partei unsere Basis ist. Wir sind sehr dankbar für die grosszügigen Spenden unserer Mitglieder, die es uns ermöglicht haben, erfolgreiche Nationalrats- und Bürgergemeinderatskampagnen sowie das Steuerreferendum durchzuführen.

Die alltäglichen Kosten für das Büro und das Personal der Partei betragen etwa 100'000 Franken pro Jahr, aber dank der Mandatsabgaben können wir diese fast vollständig decken. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass jeder Rappen, der Kampagnen, Initiativen, Referenden und Aktionen finanziert, von den Mitgliedern freiwillig bezahlt wird.

Wir haben bis jetzt keine grossen Änderungen in der Summe der Mitgliedsbeiträge und Spenden festgestellt. Trotzdem ist es wichtig, die Finanzstruktur zu verstehen, wenn wir das mittelfristige Budget erstellen. Wie für uns alle, werden die Kosten der Partei steigen. Um die Finanzlücke zu schliessen, könnte die Partei entweder ihre Mitglieder- oder Abgeordnetenzahl erhöhen.

Das Budget ist zwar eher pessimistisch, aber es sollte für die normalen Wahlen und Kosten ausreichen. Wenn die Partei jedoch weitere Aktionen und Initiativen planen möchte, wird ein höherer Ertrag benötigt.

*James McGhee, Kassier*

### **Arbeitsgruppen / Zusammenhänge**

Im Jahr 2023 haben wir rund 20 Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Neben politischer Bildung zu Auftrittskompetenz oder Geschlechtervielfalt, haben wir auch Gelegenheiten geschaffen im gemütlichen Rahmen zusammen zu kommen und zu feiern.

Es wurde ein Interessentreff organisiert sowie kreative Treffen anlässlich des Park(ing)days und zahlreiche Aktionen und Veranstaltung im Rahmen des Bürgergemeinderats- und Nationalratswahlkampfs.

Darüber hinaus beteiligten sich temporäre Arbeitsgruppen an diversen kantonalen Vernehmlassungen und brachten die Perspektive von BastA! in aktuelle politische Debatten ein. Darunter den Schwerpunkt Klimagerechtigkeit und Inklusion beim Entwicklungskonzept „Stadtraum Solitude“. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Entwicklungs-zusammenarbeit setzten wir uns für eine möglichst hohe finanzielle Beteiligung ein und forderten bspw. eine direkte Umlage der OECD-Steuer zur Unterstützung von Klimaanpassungsmassnahmen im globalen Süden.

Darüber hinaus nahm vor allem Felix Güthe an den Delegiertenversammlungen der Grünen Schweiz teil und wurde auch als Delegierter zu den Europäischen Grünen gewählt.

## **Europäische Grüne**

Felix Güthe ist letztes Jahr von BastA! vorgeschlagen worden die Schweizer Grünen bei den Europäischen Grünen zu vertreten. Die DV der Grünen Schweiz hat ihn für die Delegation als Ersatzmann gewählt. Die European Green Party EGP (<https://europeangreens.eu/> ) ist die europaweite Mutterpartei aller Grünen Parteien, die innerhalb und ausserhalb der EU die grünen Parteien in Europa repräsentieren. Felix hat an Veranstaltungen in Wien und Lyon sowie Onlinetreffen teilgenommen. Anfang Februar wurden in Lyon die Spitzenkandatt\*innen für die Europawahl am 6.Juni 2024 gewählt: Terry Reintke und Bas Eickhout.

Es ist interessant die Grüne Bewegung und ihre verschiedenen Facetten im internationalen Kontext zu sehen. Es gibt eine gute Stimmung und ein Gefühl der Gemeinsamkeit, auch wenn es in den einzelnen Parteien verschiedene Ansichten gibt: von Finnischen Atomkraftbefürwortern über Schwedische Cannabisgegner, gar nicht wenige Regierungsangehörige bis zum Belarussischen Widerstand (die Belarussische Partei ist leider verboten worden). Die EGP ist sicherlich im Spektrum links, queer und um Nachhaltigkeit besorgt, zu verorten. Scheinbar hält die EGP diese bunte Mischung aber recht gut zusammen, auch wenn im Dezember eine Griechische Partei ausgeschlossen wurde (ich habe mich enthalten).

Inhaltlich werden Resolutionen verabschiedet und in langwierigen Konsensfindungsveranstaltungen verkompliziert und wieder vereinfacht. Es ist erstaunlich, aber am Ende kommen dabei Dokumente heraus, die zumindest den Konsens der EGP Mitglieder widerspiegeln und Anhaltspunkte und Formulierungen liefern können, um die eigenen Standpunkte zu schärfen. Längere Diskussionen gab es z. B. im Dezember zum Gazakonflikt (<https://europeangreens.eu/manifesto/> ).

Das Manifesto Courage to Change: Manifesto 2024 | Priorities ist im Februar 24 verabschiedet worden und kann als eine Art Wahlprogramm für die EU Wahl im Juni gesehen werden.

Die Wahl im Juni 2024 ist der wohl wichtigste Meilenstein in diesem Jahr. Es bleibt abzuwarten, ob Grüne und linke Parteien europaweit bestehen

können. Generell ist die Stimmung gut, aber auch besorgt. Einhellig besorgt waren alle Teilnehmer über den bedrohlichen Rechtsruck weltweit, aber die Tatsache, dass sich Widerstand formiert hat (Anfang 2024), macht Mut und könnte das Thema des europäischen Wahlkampfjahres werden.

*Felix Güthe, Vorstand*

### **AG Migration**

Unsere Arbeitsgruppe Migration hat im Berichtsjahr einen Einbürgerungstreff veranstaltet. Das Ziel der Veranstaltungen ist es die Hürden für die Einbürgerung abzubauen und darin zu unterstützen. Pierre-Alain Niklaus und Carolina Hutmacher berichten dabei als ehemalige Mitglieder der Einbürgerungskommission.

### **AG Umverteilung**

Die Arbeitsgruppe Umverteilung arbeitet seit etwa zwei Jahren an einem Initiativprojekt zur Wiedereinführung der Erbschaftssteuer im Kanton Basel-Stadt. Die Idee kommt langsam zum Tragen, sodass eine Kooperation mit der Juso angestrebt wird.

### **Redaktionsgruppe Bulletin**

Die Redaktionsgruppe hat in 2023 vier gehaltvolle Ausgaben publiziert und sucht weiterhin nach neuen Redakteur\*innen 😊